

# **Niederschrift BAU/025/2017**

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des  
Bauausschusses der Stadt Rheine  
am 29.06.2017**

Die heutige Sitzung des Bauausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

## **Anwesend als**

### **Vorsitzender:**

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied / Vorsitzender
------------------------	-----	-----------------------------

### **Mitglieder:**

Herr Christian Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Herr Matthias Berlekamp	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Hendrik Börger	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Herr Paul Hartmann	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Dennis Kahle	CDU	Ratsmitglied
Herr Peter Kölker	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsitzender
Herr Kurt Radau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Mirko Remke	CDU	Ratsmitglied / 2. Stellv. Vorsitzender
Herr Heribert Röder	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Anna-Lena Scheinig	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Detlef Weßling	SPD	Ratsmitglied
Herr Johannes Willems	FDP	Sachkundiger Bürger

**beratende Sachkundige Einwohner:**

Herr Werner Bela		Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat
Herr Claus Meier		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung

**Vertreter:**

Herr Helmut Beckmann	CDU	Vertretung für Herrn Werner Wenker
Herr Jürgen Gude	CDU	Vertretung für Herrn Fabian Lenz
Herr Rainer Ortel	UWG	Vertretung für Herrn Joachim Siegler

**Gäste:**

Herr Christoph Achterkamp		Architekturbüro Achter- kamp, Steinfurt
Frau Gädike		Architekturbüro Achter- kamp, Steinfurt
Frau Hiltrud M. Lintell		SCAPE Landschaftsarchi- tekten, Düsseldorf

**Verwaltung:**

Frau Christine Karasch		Beigeordnete
Herr Dr. Jochen Vennekötter		Fachbereichsleiter FB 5
Frau Doris Stuckmann		Fachbereichscontrolling FB 5
Frau Claudia Kurzinsky		Produktverantwortliche Hochbau
Frau Cornelia Bauer		Mitarbeiterin Hochbau
Herr Hans-Jürgen Gawollek		Produktverantwortlicher Straße/Grün
Herr André Löckener		FB 5, Projektmanage- ment Bahnflächen
Herr Matthias van Wüllen		Mitarbeiter der Verwal- tung
Herr Martin Forstmann		Mitarbeiter der TBR
Herr Thomas Roling		Mitarbeiter der TBR

Frau Christa Koch	Koordinatorin Seniorenarbeit
Frau Annette Wiggers	Produktverantwortliche Senioren und Menschen mit Behinderung
Frau Andrea Mischok	Schriftführerin

**Entschuldigt fehlen:**

**Mitglieder:**

Herr Fabian Lenz	CDU	Ratsmitglied
Herr Joachim Siegler	UWG	Sachkundiger Bürger
Herr Werner Wenker	CDU	Sachkundiger Bürger

**beratende Sachkundige Einwohner:**

Herr Ahmad Hammudeh	Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat
---------------------	--

Herr Brauer eröffnet die heutige Sitzung des Bauausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Er stellte fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils beantragt Herr Martin Beckmann, den Tagesordnungspunkt 12 wegen noch bestehenden Beratungsbedarfs von der Tagesordnung abzusetzen. Die Änderung der Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

**Öffentlicher Teil:**

**1. Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung am 27.04.2017**

00:00:49

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Niederschrift werden nicht vorgetragen. Diese ist somit genehmigt.

**2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 27.04.2017 gefassten Beschlüsse**

00:00:55

Herr Dr. Vennekötter verliest nachfolgenden Bericht der Verwaltung.

<b>1. TOP 16 ÖS</b>	<b>Herr Winkelhaus BauA 27.04.2017 Anfragen/Anregungen</b>	<b>Radverkehr Konrad- Adenauer-Ring/ Salzbergener Straße</b>
<b>Antwort Herr Elbers</b>		

Herr Winkelhaus erklärt, dass es Bemühungen gegeben habe, den Radweg an der Salzbergener Straße zwischen Bentlager Weg und Konrad-Adenauer-Ring für Radfahrer ein kurzes Stück entgegen der Fahrtrichtung freizugeben. Er möchte wissen, ob es hierzu schon eine Antwort gebe.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass dies schon überprüft worden aber aus Sicht des Arbeitskreises Verkehr nicht möglich sei.

Herr Brauer erklärt, dass der Bauausschuss dies der Verwaltung noch einmal mitgegeben habe.

Herr Dr. Vennekötter sagt zu, sich der Sache noch einmal anzunehmen.

Antwort von Herrn Elbers:

Die Örtlichkeit wurde nochmals mit den Arbeitskreismitgliedern besichtigt.

Es bestand nach wie vor Einvernehmen darin, dass eine Freigabe dieses Teilbereiches nicht zu empfehlen ist:

1. Eine offizielle Freigabe dieses Abschnittes würde dazu führen, dass viele Radfahrer auf der „falschen“ Straßenseite weiterfahren würden. Hierdurch würde die Unfallgefahr im weiteren Verlauf des Radweges steigen.
2. Zudem besteht die Problematik, dass Radfahrer, die nicht in den Bentlager Weg abbiegen möchten, durch eine Positivbeschilderung irritiert würden. Wenn sie die Beschilderung „Radweg-Ende-“ erreichen, können sie nicht mehr auf die rechte Straßenseite wechseln, weil die Fahrbahnen der Salzbergener Straße baulich getrennt sind.
3. Aus Gründen der Verkehrssicherheit müsste es vertretbar sein, dass Radfahrer diesen kurzen Abschnitt zu Fuß bewältigen.
4. Ersatzweise könnte auch eine Zuwegung über die städtische Grünfläche angelegt werden. Dies wäre aber schon allein aus Kostengründen nicht empfehlenswert.

**2. TOP 17  
ÖS**

**Herr Meier  
BauA 27.04.2017  
Anfragen/Anregungen**

**Vorrangschaltung  
LSA Lindenstraße/  
Bahnhof Linie 9**

**Antwort Herr Zunker**

Herr Meier erklärt, dass er des Öfteren mit der Buslinie 9 fahre und festgestellt habe, dass der Bus fast immer an der LSA Lindenstraße/Bahnhofstraße und an der LSA Bahnhofstraße/Kardinal-Galen-Ring warten müsse. Er möchte wissen, ob die Vorrangschaltung für Busse außer Kraft gesetzt wurde oder ob noch etwas nachjustiert werden müsse.

Antwort von Herr Zunker:

Das Maßnahmenpaket Nr. 1 zum Ausbau der Lichtsignalanlage auf dem Innenstadtring wurde in 2016 abgeschlossen. Ende 2016 wurden die Busse des Stadtbusses in Rheine komplett mit neuen Bordrechnern ausgestattet, die RVM hat dabei federführend die Einführung und den technischen Support für die neuen Bordrechner bei der VSR übernommen.

Nach der Umrüstung auf die neuen Bordrechner wurde wiederholt festgestellt, dass die Vorrangschaltung nur bedingt funktioniert. Aufgrund der Fehlerhäufigkeit hat die VSR eine entsprechende Mängelanfrage zu den Bordrechnern am 13.04.2017 an die RVM weitergegeben.

Die RVM hat in der Folge entsprechende Messfahrten in Rheine durchgeführt, die Einstellungen in der Software der Bordrechner optimiert und am 29.05.2017 defekte Barken, die für die einwandfreie Signalübertragung verantwortlich sind, in Zusammenarbeit mit der Fa. Mersch und der VSR ausgetauscht.

Die Kreuzung Bahnhofstraße/Kardinal-Galen-Ring bildet aufgrund des Neubaus des ZOB eine Ausnahme. Die genaue Positionierung der Meldedaten zur Vorrangschaltung der Lichtsignalanlagen und die Programmierung der Bordrechner können aufgrund der Verkehrsführung erst nach Fertigstellung des ZOB abschließend erfolgen.

Die VSR nimmt die Anregung aus dem Gremium gerne auf, das Thema bis zur abschließenden Erledigung im Beirat „Verkehr“ zu bearbeiten.

VSR, Axel Zunker Mittwoch, den 14.06.2017

**3. Informationen der Verwaltung**

00:03:11

### **3.1. Bauarbeiten im Bereich Bannewiese, Heinrichstraße und Veitstraße**

Herr Dr. Vennekötter verliest nachfolgende Information.

Stadt Rheine  
Der Bürgermeister  
TBR fo

Rheine, 20. Jun. 2017

#### **Information für den Bauausschuss**

Die Bauarbeiten im Bereich der Bannewiese, Heinrichstraße und Veitstraße wurden neu ausgeschrieben. Die Firma Garbe hat den Zuschlag erhalten. Die Arbeiten vor Ort sind bereits neu gestartet.

Zunächst wird der Kanal in der Bannewiese zu Ende verlegt und die Schäden der Vorgängerfirma beseitigt. Anschließend werden die Arbeiten in der Heinrichstraße und Veitstraße fortgeführt. Die Bauarbeiten sollen innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein.

Beitragsrelevante Arbeiten im Bereich des Straßenbaus sind von der Vorgängerfirma nicht ausgeführt worden. Demnach sind hier Kosten entsprechend dem Angebot der Firma Garbe anzusetzen.

Die Mehrkosten, die aufgrund der Gesamtsituation der Baustelle entstanden sind, wird sich die Stadt Rheine von der Vorgängerfirma erstatten lassen. Hierzu zählen die Mehrkosten im Bereich des Ausbaus sowie die Kosten für die errichtete Baustraße, die Verkehrssicherung nach Abzug der Vorgängerfirma und die Mehrkosten im Bereich der Kampfmittelräumung.

Die Vorausleistungen auf den Straßenbaubeitrag werden von den Anliegern bei Beginn der Straßenbauarbeiten erhoben – zunächst für „In der Bannewiese/ Friedensplatz“; nach entsprechendem Baufortschritt später für „Heinrichstraße und Veitstraße.“

Im Auftrag

Forstmann

## 4. Eingaben

00:04:45

### 4.1. Stadtteilbeirat Innenstadt/Hörstkamp - Grün in der Innenstadt

Frau Karasch stellt nachfolgende Eingabe vor. Sie erklärt, dass es drei Eingaben des Stadtteilbeirates Innenstadt/Hörstkamp gebe, wovon diese Eingabe und die Eingabe „Nichtbebauung Bernburgplatz“ in Zuge des Rahmenplans Innenstadt abgearbeitet werden.



Stadt Rheine  
Bürgermeister Dr. Peter Lüttmann  
Klosterstraße 14  
48431 Rheine

Stadtteilbeirat  
Innenstadt/Hörstkamp  
Kirsten Weßling-Busjan  
Vorsitzende  
Bürekamp 12  
48431 Rheine  
☎ (05975) 3877  
Mobil 0152 567 396 96  
E-Mail: kirstenw@hotmail.de

25. April 2017

#### Antrag „Grün in der Innenstadt“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Lüttmann,

der Stadtteilbeirat Innenstadt/Hörstkamp beantragt im Rahmen der Umsetzung des Rahmenplans Innenstadt für mehr Grün in der Innenstadt zu sorgen.

Diese Zielsetzung wurde in der Sitzung vom 11. April 2017 einstimmig von den Mitgliedern des Stadtteilbeirates beschlossen.

Mit freundlichen Grüßen

Kirsten Weßling-Busjan  
Vorsitzende

#### 4.2. **Stadtteilbeirat Innenstadt/Hörstkamp - Nichtbebauung Bernburgplatz**

Frau Karasch stellt nachfolgende Eingabe vor und erklärt, dass die Bebauung am Bernburgplatz Gegenstand der Umfeldstudie sei, die in der Sitzung des Stuk am 10.05.2017 beantragt und beschlossen wurde.



Stadt Rheine  
Bürgermeister Dr. Peter Lüttmann  
Klosterstraße 14  
48431 Rheine

Stadtteilbeirat  
Innenstadt/Hörstkamp  
Kirsten Weißling-Busjan

Vorsitzende  
Bürnekamp 12  
48431 Rheine  
☎ (05975) 3877  
Mobil 0152 567 396 96  
E-Mail: kirstenw@hotmail.de

25. April 2017

#### **Empfehlung für Nichtbebauung Bernburgplatz**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Lüttmann,

der Stadtteilbeirat Innenstadt/Hörstkamp hat sich mit großer Mehrheit in seiner Sitzung vom 11. April 2017 dafür ausgesprochen, dass der Bernburgplatz in Rheine seine Funktion als Grünfläche behält.

Mit freundlichen Grüßen

Kirsten Weißling-Busjan  
Vorsitzende

#### 4.3. Stadtteilbeirat Innenstadt/Hörstkamp - Instandsetzung der Fassade des Alten Rathauses

Bezüglich der Fassadensanierung des Alten Rathauses erklärt Frau Karasch, dass es im Jahr 2012 eine Vorlage gegeben habe, in der die Sanierungsabschnitte des Alten Rathauses vorgestellt wurden. Da auch Fenster ausgetauscht werden müssten, würde die Fassade beschädigt und eine Anarbeitung notwendig werden. Somit sei die Sanierung der Fassade erst für den Schluss der Maßnahme vorgesehen. Sie erklärt, dass es nur die Möglichkeit eines temporären Anstriches an den zum Borneplatz ausgerichteten Seiten geben könnte, was aber zusätzliche Kosten in Höhe von ca. 30.000,00 Euro verursachen würden. Frau Karasch erklärt, dass man das Zeitfenster der Sanierungsarbeiten noch einmal überprüfen und zum späteren Zeitpunkt darüber berichten werde.



Stadt Rheine  
Bürgermeister Dr. Peter Lüttmann  
Klosterstraße 14  
48431 Rheine

Stadtteilbeirat  
Innenstadt/Hörstkamp  
Kirsten Weißling-Busjan  
Vorsitzende  
Bürnekamp 12  
48431 Rheine  
☎ (05975) 3877  
Mobil 0152 567 396 96  
E-Mail: kirstenw@hotmail.de

25. April 2017

#### Antrag zur Instandsetzung der Fassade des Alten Rathauses

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Lüttmann,

der Stadtteilbeirat Innenstadt/Hörstkamp verlangt eine sofortige Instandsetzung und Sanierung der Fassade des Alten Rathauses.

#### Begründung:

Das aktuelle Erscheinungsbild der Fassade mit zahlreichen, lediglich geflickten Rissen entspricht nicht einem attraktiven historischen Stadtbild, das für die Aufenthaltsqualität der Rheiner Innenstadt von besonderer Bedeutung ist.

Der Antrag wurde in der Sitzung vom 11. April 2017 einstimmig von den Mitgliedern des Stadtteilbeirates gefasst.

Mit freundlichen Grüßen

Kirsten Weißling-Busjan  
Vorsitzende

#### **4.4. SPD-Fraktion - Barrierefreiheit der "taktile Leitsysteme"**

Frau Karasch stellt die nachfolgende Eingabe vor. Sie erklärt, dass es parallel zur Eingabe schon eine Bearbeitung des Problems gegeben habe. Sie erklärt, dass es im Juli eine öffentliche Veranstaltung geben werde, die auf das Problem aufmerksam machen soll. Im Rahmen der Fördermaßnahme seien Fahrradsattelbezüge bestellt worden, die mit dem Hinweis, dass das Fahrrad fälschlicherweise auf den taktilen Leitstellen abgestellt wurde, bedruckt wurden. Dieser Sattelbezug soll dann den falsch parkenden Fahrrädern zur Information über den Sattel gezogen werden. Weiter weist Frau Karasch darauf hin, dass nach Beendigung der Baumaßnahmen an der Münstermauer eine größere Fahrradabstellanlage installiert werde.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Fraktion im Rat der Stadt Rheine

Stadt Rheine  
Herrn Bürgermeister Dr. Peter Lüttmann  
Klosterstraße 14

48431 Rheine



Anschrift:  
Bürgerstr. 5  
48432 Rheine

Rheine, 27.04.2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Lüttmann,

die SPD-Fraktion beantragt, dass die Stadt Rheine in der Öffentlichkeit weiterhin verstärkt darauf hinweist, dass taktile Leitsysteme für sehbehinderte Menschen, unbedingt von Fahrrädern und anderen Gegenständen nicht verstellt werden dürfen. Ebenfalls sollen das Ordnungsamt und die Stadtwacht die Einhaltung dieser Vorgaben verstärkt überwachen.

Sollten weiterhin keine Besserungen eintreten, ist über angemessene Ordnungsgelder nachzudenken.

**Begründung:**

Wie auf der Foto dargestellt, werden sehbehinderte Menschen, bei der Nutzung der taktilen Leitsystemplatten immer wieder erheblich beeinträchtigt. Sie können so mit ihrem Blindenstock nicht die taktilen Leitsystemplatten fühlen und werden damit in ihrer Fortbewegung stark eingeschränkt.

So gehören Fahrräder gehören nicht auf die solche Platten sondern in die Fahrradständer. Daher ist auch eine ausreichende Anzahl von Fahrradständern unbedingt erforderlich

Eine umfangreiche Aufklärung der Gesellschaft über den Sinn und Zweck taktiler Leitsystemplatten ist daher notwendig.

Mit freundlichen Grüßen

Detlef Weißling

(Fraktionsgeschäftsführer)

**4.5. SPD-Fraktion - benutzerfreundliche und inklusionsgerechte Ausstattung und Beschilderung im Falkenhof**

Frau Karasch stellt die Eingabe vor. Sie erklärt, dass es im Aufzug des Falkenhofes keine Hinweistafel sowie keine akustische Durchsage zu den Etagen gebe. Dieses könne für ca. 800,00 Euro nachgerüstet werden, was die Verwaltung in Kürze veranlassen werde.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Fraktion im Rat der Stadt Rheine



Anschrift:  
Bürgerstr. 5  
48432 Rheine

Stadt Rheine  
Herrn Bürgermeister Dr. Peter Lüttmann  
Klosterstraße 14

48431 Rheine

Rheine, 27.04.2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Lüttmann,

Die SPD-Fraktion beantragt eine benutzerfreundliche und inklusionsgerechte Ausstattung der Aufzüge im Falkenhof. Ebenfalls beantragt die SPD-Fraktion eine gut erkennbare Beschilderung der einzelnen Abteilungen, die insbesondere bei wechselnden Ausstellungen fehlt.

#### **Begründung:**

Als im Jahre 2004, also vor 13 Jahren, der Falkenhof im Zuge der Regionale eröffnet wurde, war man nicht dazu gekommen, die Fahrstühle mit Hinweistafeln für die einzelnen Stockwerke und Abteilungen auszustatten. Deshalb wurden als Provisorium kleine, gedruckte Streifen über den Tasten angebracht:



Diese Streifen sind so klein und unkenntlich, dass sich Besucherinnen und Besucher nur mit großer Mühe im Gebäude orientieren können. Darüber hinaus ist die Druckeranlage so tief angebracht, dass sie von stehenden Menschen kaum zu lesen sind.



Die SPD-Fraktion bittet um eine zeitnahe Beratung und Beschlussfassung dieses Antrages, damit möglichst schnell eine entsprechende Umsetzung der hier genannten Maßnahmen erfolgen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Detlef Weßling

(Fraktionsgeschäftsführer)

#### **4.6. Stadtteilbeirat Schotthock - Kreuzung Staufen-/Römerstraße, Lingener Damm**

Herr Dr. Vennekötter stellt nachfolgende Eingabe vor. Er erklärt, dass es im letzten Oktober einen Ortstermin bezüglich des Kreisverkehrs gegeben habe. Durch den Bauausschuss sei der Bau dieses Kreisverkehrs schon einmal abgelehnt worden. Da man diesen Kreisverkehr in der Gesamtheit des Lingener Damms sehen müsse, möchte Herr Dr. Vennekötter das Thema Kreisverkehre im Verlauf des Lingener Damms im Rahmen des vorgesehenen integrierten Handlungskonzeptes zur Sozialen Stadt Schotthock noch einmal prüfen lassen. Ob diese Maßnahme dann förderfähig sei, müsse in einem weiteren Schritt geprüft werden. Ein zweites Thema, was in diesem Zusammenhang behandelt werden müsse, sei das TaT, welches sich zurzeit u.a. in Form von Messeveranstaltungen neu aufstelle. Das vermehrte Verkehrsaufkommen im Bereich Am Stadtwald und Hovesaatstraße müsse dann entsprechend in diesem Rahmen mit berücksichtigt werden.

VV	BM	I	II	K	
Stadt Rheine					
30. März 2017					
FB 5 Planen u. Bauen					



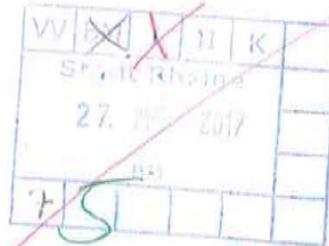
Frau Karasch  
bitte in i.f.  
entsprech  
die  
27/13

Stadtteilbeirat Schotthock - Thomas Böskens - Heuerweg 9 - 48429 Rheine

An den  
Bürgermeister der Stadt Rheine

Herrn Dr. Peter Lüttmann

Klosterstraße 14  
48431 Rheine



18. März 2017

### Kreuzung Staufen-/Römerstraße / Lingener Damm

Sehr geehrter Herr Dr. Lüttmann

In vor bezeichneter Sache hat am 24. Oktober 2016 wie vorgeschlagen ein Ortstermin mit Vertretern der Stadtverwaltung und Vertretern des Stadtteilbeirats Schotthock stattgefunden.

Im Zeitraum des ca. 60 Minuten andauernden Ortstermins sind allen Beteiligten vielschichtige Probleme deutlich geworden:

- Abfließender Verkehr aus Staufenstraße
  - Teilweise lange Rückstaus
  - Sichtbehinderung durch Linksabbieger / Rechtsabbieger
- Radverkehr stadtauswärts
  - Auf dem Radweg fahrender Zweiradverkehr wird immer wieder zu riskanten Ausweichmanövern in den fließenden Kfz Verkehr auf dem Lingener Damm gezwungen
- Überquerung des Lingener Damms durch Fußgänger und Radfahrer ist gefährlich und dauert teilweise über 10 Minuten
- Es erfolgen teilweise panische und gefährliche Fahrmanöver durch aus der Staufenstraße links in den Lingener Damm abbiegende Kfz

Im Nachgang der Ortsbesichtigung hat sich der Arbeitskreis Verkehr des Stadtteilbeirates nochmals beraten und zu den bereits vorhandenen Lösungsansätzen weitere Ideen entwickelt.

Bis auf den Lösungsansatz eines Kreisverkehrs ist jedoch allen Ideen gemeinsam, dass sie immer nur einzelnen Teilaspekten Rechnung tragen und niemals die dargestellten Probleme und das damit verbundene Gefahrenpotenzial ganzheitlich lösen.

Aus Sicht des Arbeitskreises Verkehr bietet sich somit als beste Lösung lediglich die Errichtung eines Kreisverkehrs an.

Diese Überlegungen und Ergebnisse wurden dem gesamten Stadtteilbeirat in der letzten Stadtteilbeiratssitzung am 30.11.2016 vorgestellt und zur Abstimmung gebracht.

Der Stadtteilbeirat hat sodann einstimmig beschlossen, nochmals auf die Dringlichkeit der Problematik hinzuweisen und eine konkrete Machbarkeitsprüfung für die Errichtung eines Kreisverkehrs zu beantragen. Hier möchte sich der Stadtteilbeirat gerne aktiv mit einbringen.

Gerne steht der Stadtteilbeirat kurzfristig zur Abstimmung der weiteren Vorgehensweise zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Thomas Büskens

Verfahrensvorschlag:

Verweisung an den

Bau A

✓  
Bü

#### 4.7. Stadtteilbeirat Rodde-Kanalhafen - Antrag auf Straßenausbau (Am Backhaus)

Herr Dr. Vennekötter stellt die Eingabe vor. Er erklärt, dass es sich hier um einen Wirtschaftsweg handele, der von zwei Anwohnern und Durchgangsverkehr (500 Fahrzeuge täglich) genutzt werde. Diese Straße sei nicht zum Ausbau bestimmt. Der Ausbau hätte zudem beitragsrechtliche Folgen für die Anwohner. Hier gehe es um die Verbesserung eines Straßenzustandes, welcher im Rahmen der Zustandserfassung durch das Wirtschaftswegekonzept mit erfasst und bewertet werde. Nach Erfassung der Daten könne über eine Priorisierung festgelegt werden, wie und in welcher Reihenfolge eine Sanierung der Wirtschaftswege nötig sei. Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass die Wirtschaftswege bisher mit einer Summe von 160.000,00 Euro jährlich unterhalten und ausgebaut werden.

Stadtteilbeirat Rodde-Kanalhafen

Rheine, den 07.06.17

Ludger Thiemann, Vorsitzender

Tel.: 05459/6676

An der Schleuse 13, 48432 Rheine

An den Bürgermeister

Dr. Peter Lüttmann

48427 Rheine

Betr.: Antrag auf Straßenausbau – Rodde - Am Backhaus

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

in der letzten Sitzung vom 30.03.17 wurde darüber einstimmig abgestimmt,

die Straße Am Backhaus auszubauen.

Die Straße zwischen Hörsteler Straße ( L 501 ) und Kanalbrücke/Alter Schulweg ist seit Jahren im schlechten Zustand. Die Fahrbahndecke hat die Breite eines Wirtschaftsweges und durch den starken Verkehr ( 500 Fahrzeuge am Tag ) werden die Bankette immer wieder zu tiefen Schlaglöchern gefahren. Der Bauhof ist daher mehrfach gefragt, die Löcher zu schließen.

Wir sind der Meinung, dass dieser Zustand geändert werden müsste und stellen hiermit den Antrag auf Ausbau der Straße. Hier sollten sich nach dem Ausbau zwei Fahrzeuge gefahrlos begegnen können. Daher müsste die Fahrbahndecke verbreitert werden.

Die Anlieger der Straße, Familie Plenter und Familie Wiesch wurden über dieses Vorhaben informiert.

Ich bitte um Ihre Unterstützung und verbleibe

Mit freundlichem Gruß

Ludger Thiemann

**5. Maßnahmen am Gymnasium Dionysianum:  
Selbstlernzentrum, Mensa, Petri-Kirche  
Vorlage: 207/17**

00:14:23

Herr Brauer begrüßt Herrn Achterkamp und Frau Gädike vom Architekturbüro Achterkamp.

Frau Karasch erklärt, dass verschiedene Maßnahmen am Gymnasium Dionysianum zur Umsetzung im Raum stehen. Dazu komme noch die Frage zur barrierefreien Erschließung, die aufgrund der Antragstellung seitens der SPD-Fraktion geprüft worden sei. Sie erklärt, dass es eine Auflistung gebe, in welcher Systematik und Reihenfolge die Themen abgearbeitet werden sollen. Im ersten Schritt müsse das ehemalige Sprachlabor aufgrund des schlechten Zustandes zu einem Selbstlernzentrum umgebaut werden. Herr Achterkamp werde anhand mehrerer Pläne und Zeichnungen darstellen, wie diese Maßnahmen umgesetzt werden können und wie sich die Kosten darstellen. Da es keine Vorberatungen im Schulausschuss gegeben habe, bittet Frau Karasch die Mitglieder des Bauausschusses, einen Vorbehaltsbeschluss zu fassen. Im Nachgang werde die Verwaltung die Vorlage dem Schulausschuss vorstellen.

Herr Achterkamp stellt anhand mehrerer Pläne und Zeichnungen die Baumaßnahme vor.

Herr Beckmann erklärt, dass man als erstes über die Verteilung der Baukosten in Höhe von 960.000,00 Euro, die für die erste Maßnahme anfallen, sprechen müsse.

Herr Achterkamp erklärt, dass man sich zum jetzigen Zeitpunkt in der Vorentwurfsphase befinde und die Beträge über die Kubatur ermittelt worden seien. Man habe die Kosten für Bauwerke mit historischem Bestand zugrunde gelegt und 20 % Nebenkosten sowie die Mehrwertsteuer hinzugerechnet. Weiter müsse in der Planung in dieser Phase für die Kosten ein Schwankungsbereich von +/- 30 % eingeplant werden. Er erklärt, dass bei den Kosten der Mittelwert für einen denkmalgeschützten Bereich angesetzt worden sei. Als Beispiel nennt er für den Ansatz der Mittelkosten das Schieferdach, welches mit den gleichen Materialien so wieder hergestellt werden müsse.

Frau Gädike erklärt, dass man sich erst im Anfangsstadium der Planung befinde. Dieser Ansatz sei zum einen der Komplexität der Baumaßnahme im laufenden Betrieb und den Provisorien, die man mit einplanen müsse, geschuldet. Durch den denkmalgeschützten Bereich sei man gezwungen, auf hochwertige Materialien, wie z. B. Schiefer zurückzugreifen. Man befinde sich in einer historisch empfindlichen Bausubstanz, bei der die Neubaumaßnahme den Gesamtkomplex nicht stören dürfe, sondern diesen qualitativ ergänzen müsse. Bei der weiteren Schulbaumaßnahme werde man die Standortvoraussetzungen eines ganz normalen Schulbaues ohne Extravaganzen umsetzen.

Herr Weßling erklärt, dass ihnen die Meinung der Schule bzw. des Schulausschusses wichtig sei. Er gehe davon aus, dass man heute nur einen Vorbehaltsbeschluss fassen könne. Überrascht war Herr Weßling über die Tatsache, wie einfach in einem alten Gebäude ein Aufzug installiert werden könne. Er frage sich, warum diese

Maßnahme nicht gleich mitgemacht würde, damit das Schulgebäude barrierefrei zu erreichen sei. Deshalb plädiere er dafür, den Aufzug auch sofort mit zu installieren.

Frau Karasch erklärt, dass die Planung dieser Maßnahme mit der Schulleitung abgestimmt worden sei. Es habe immer wieder Gespräche und Vororttermine mit der Schule gegeben. Was fehle, sei nur die Einbeziehung des Schulausschusses. Die barrierefreie Erschließung des Altbaus (Aufzug) möchte man als Maßnahme zeitnah unter der Voraussetzung umsetzen, hierfür Fördermitteln in Anspruch nehmen zu können. Frau Karasch erklärt, dass geplant war, den Umbau des Sprachlabors in das 1. Förderprogramm (Kommunales Investitionsförderungsgesetz) zu nehmen. Die Mischung des Ausbaus für schulische Nutzung und energetische Erneuerung habe letztendlich die Maßnahme aus dem Förderprogramm herausfallen lassen. Frau Karasch erklärt, dass die Maßnahme aufgrund dessen jetzt ohne Förderung auf den Weg gebracht werden müsse. Hinsichtlich der barrierefreien Erschließung bestehe ggf. eher die Möglichkeit, in Förderprogramme hereinzukommen. Man werde versuchen, dies möglichst zeitnah umzusetzen. Frau Karasch erklärt, dass dies der Grund des stufenweisen Vorgehens gewesen sei.

Herr Ortel merkt an, dass sich nach den Ausführungen von Herrn Achterkamp der Kostenrahmen zwischen 700.000,00 Euro und 1,3 Mio Euro bewegen könnte. Vom Grundsatz und der Abstufung her werde die Fraktion der UWG dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Dr. Konietzko möchte wissen, ob alternative Lösungen überlegt worden seien, um ein mögliches Einsparpotenzial für die Maßnahme zu haben.

Herr Achterkamp erklärt, dass es zum jetzigen Zeitpunkt sehr schwierig sei, diesbezüglich Aussagen zu tätigen. Man habe eine Grundlage erarbeitet, die eine gute Verbindung zum Bestand ergebe. Eine konkrete Planung könne erst in weiteren Leistungsphasen erreicht werden. Die wirtschaftliche Planung erfolge dann mit den eingeschalteten Fachingenieuren, die explizit ihre Bereiche berechnen können. Herr Achterkamp weist darauf hin, dass auch ihnen die Wirtschaftlichkeit jeder Zeit wichtig sei.

Herr Meier möchte wissen, ob der Innenhof und die Zuwegung von der Bushaltestelle bzw. den Behindertenparkplätzen barrierefrei erreichbar seien.

Herr Achterkamp erklärt, dass der Altbau nur über die Rückseite barrierefrei erreicht werden könne. Der Hof und die Parkplätze seien barrierefrei zu erreichen. Diese Eingangstür befinde sich nahezu auf Geländeebene, wobei eine Stufe dann über eine Anrampung gelöst werde.

Herr Beckmann erklärt, dass es ihm wichtig sei, bei den weiteren planerischen Maßnahmen immer verschiedene Kostenvarianten vorgestellt zu bekommen.

### **Geänderter Beschluss:**

- 1. Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Schulausschuss beschließt der Bauausschuss, dass am Gymnasium Dionysianum die Maßnahme 1 (Umnutzung ehemal. Sprachlabor) weiter planerisch bearbeitet und baulich umgesetzt werden soll.*

2. *Der Schulausschuss wie auch der Bauausschuss nehmen die Maßnahme 2 (Mensaerweiterung), Maßnahme 3 (Temperierung Petri-Kirche), Maßnahme 4 (Umbau und Umnutzung der Petri-Kirche) und Maßnahme 5 (Barrierefrei Erschließung) zur Kenntnis.*
3. *Der Schulausschuss sowie der Bauausschuss beauftragen die Verwaltung zur möglichen Umsetzung der Maßnahmen 2 (Mensaerweiterung), 3 (Temperierung Petri-Kirche) und 5 (Barrierefreie Erschließung) in den nächsten Jahren Vorschläge zu unterbreiten, die möglichst die Berücksichtigung von Fördermitteln mit einbeziehen. Zur Priorisierung der Aspekte Barrierefreiheit, Unterrichtsbedarfe und Substanzerhalt sind hierbei seitens der Verwaltung Vorschläge zu erarbeiten.*
4. *Der Schulausschuss wie auch der Bauausschuss beschließen, dass die Maßnahme 4 (Umbau Petri-Kirche) zunächst nicht weiter verfolgt wird.*

Abstimmungsergebnis: einstimmig  
geändert beschlossen

**6. Umsetzung Rahmenplan Innenstadt - Maßnahme A 3 - Neugestaltung Marktplatz (5941-003)  
Vorlage: 220/17**

00:56:19

Herr van Wüllen führt in das Thema ein. Er erklärt, dass eine Mehrfachbeauftragung durchgeführt wurde, wobei drei Ingenieurbüros gebeten wurden, ihre Ideen für eine zukünftige Gestaltung einem Gremium vorzustellen. Er erklärt, dass eine Jury die Vorentwürfe genau geprüft und bewertet hat. Die Jury kam einstimmig zu dem Beschluss, das weitere Verfahren auf Grundlage des Entwurfes des Büros scape Landschaftsarchitekten GmbH aus Düsseldorf durchzuführen. Herr van Wüllen bittet Frau Lintel, den Entwurf vorzustellen.

Frau Lintel vom Büro scape stellt das Konzept vor. Sie erklärt die Thematik zum Verfahren der Mehrfachbeauftragung und die planerischen Grundlagen zum Entwurf.

Frau Scheinig dankt für die Ausführungen. Sie erklärt, dass sich die SPD-Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung anschließen werde. Positiv sehe sie die funktionalen Vorteile, z. B. die Wegeverbindungen für die Radfahrer die aufgezeigt wurden, aber auch die Synergie zwischen Radfahrer und Fußgänger. Sie erklärt, dass die Lage des Brunnens aus ihrer Sicht gut gewählt sei, da dieser als Vermittler zwischen Kirche und Marktplatz diene.

Herr Radau erklärt, dass auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Er erklärt, dass es bei der Ideenwerkstatt in 2016 ein Ergebnis gab, dass sich die Bürger mehr Grün (nicht in Kübeln) auf dem Marktplatz wünschen. Bei der Befragung von Schülern und Jugendlichen sei das

gleiche Ergebnis herausgekommen. Auch sei durch den Masterplan Grün und den Stadtteilbeirat Innenstadt/Hörstkamp mehr Grün für die Innenstadt gefordert worden. Herr Radau bittet dies in der Planung zu berücksichtigen.

Herr Löckener stellt richtig, dass ein Mehr an Grün in der Ideenwerkstatt nicht als Wunsch genannt wurde.

Frau Lintel erklärt, dass manchmal ein großer Baum mit ausladender Krone besser für eine Platzgestaltung geeignet sei als mehrere kleinere Bäume. Deshalb habe man sich erst einmal für einen Baum auf dem Marktplatz entschieden.

Herr Martin Beckmann erklärt, dass es wichtig sei, die Bürgerwünsche im Verfahren mit zu berücksichtigen. Er weist darauf hin, dass für den Rahmenplan Innenstadt schon ein Leuchten- und Möblierungskonzept verabschiedet worden sei. Aus seiner Sicht ist es jetzt wichtig, einzelne Immobilienbesitzer anzusprechen und für eine Beleuchtung an der Hausfassade zu gewinnen. Die Kosten hierfür müsste der Immobilienbesitzer übernehmen.

Herr Dr. Konietzko weist darauf hin, dass es einen Gestaltungskatalog gebe und man sich mit der Pflasterung im Einzelnen noch einmal beschäftigen müsse.

Im Namen von Herrn Siegler möchte Herr Ortel berichten, dass alles wunderbar geworden sei und dem entspreche, was in Arbeitskreisen und Beteiligungen abgesprochen wurde. Herr Siegler habe erklärt, dass dies ein gelungener Entwurf geworden sei. Herr Ortel erklärt, dass die UWG Rheine dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Herr Brauer dankt Frau Lintel für ihre Ausführungen.

### **Beschluss:**

Der Bauausschuss beschließt, den Empfehlungen der Jury zum Verfahren Mehrfachbeauftragung Neugestaltung Marktplatz zu folgen und das Büro scape Landschaftsarchitekten GmbH aus Düsseldorf auf Grundlage seines Planungskonzeptes und unter Beachtung der Hinweise und Empfehlungen der Jury mit der weiteren Planung zu beauftragen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Abstimmungen und Klärungen herbeizuführen und das weitere Planungsverfahren in Gang zu setzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Umsetzung Rahmenplan Innenstadt - Maßnahme D3 Angebote für die ältere Generation fördern (5944-003)  
hier: Entwurfsplanung für die Teilmaßnahme D3.3 Bewegungsparcours am Kettelerufer  
Vorlage: 224/17**

01:34:19

Frau Karasch erklärt, dass diese Maßnahme schon seit geraumer Zeit die Vorbereitungsphase hinter sich habe. Frau Koch werde weitere Informationen zu diesem Projekt geben. Sie weist darauf hin, dass es in der Presse zum gestrigen Ortstermin einen Bericht zum Thema gegeben habe.

Frau Koch stellt Einzelheiten zum Ablauf und zur Ausführung des Bewegungsparcours vor. Sie erklärt, dass dies ein Projekt sei, welches im Rahmen einer Bürgerwerkstatt im Jahr 2012 erstmals angesprochen wurde. Zudem seien der Seniorenbeirat und der Stadtteilbeirat Innenstadt/Hörstkamp involviert gewesen, wobei auch diese Gremien dem Projekt positiv gegenüberstanden. Aufgrund der im Rahmenplan Innenstadt gewünschten Belegung des Kettelerufers wählte man diesen Standort für den Bewegungsparcours. Im Anschluss habe man mit an- und umliegenden Seniorenwohnanlagen Gespräche geführt. Zur Wohneinrichtung „Wohnen an der Gelben Villa“ habe man sofort Kontakt aufgenommen, da der Bewegungsparcours in unmittelbarer Nähe liegen würde. Frau Koch berichtet, dass man mit einer PowerPoint-Präsentation in die Wohneinrichtung gegangen sei und einstimmigen Zuspruch hierzu erhalten habe. Weiter habe man mit interessierten Personen aus den Wohnanlagen eine Fahrt nach Borne, zum dortigen Bewegungsparcours gemacht. Frau Koch erklärt, dass es am letzten Montag einen Ortstermin gegeben habe, wozu man die Anlieger des Kettelerufers eingeladen habe. Es seien ca. 30 Personen erschienen, die erklärten, dass sie diesen Bewegungsparcours an dieser Stelle nicht wünschen. Gründe für die Ablehnung seien u.a. der Erhalt der Wohnqualität auch in Bezug auf die Lautstärke und die Sicht auf die Ems und Natur gewesen. Man sehe die Gefahr, dass dieser Bewegungsparcours Aufenthaltsort für Jugendliche und nichtsesshafte Menschen werden könne. Außerdem sei der Wanderweg an dieser Stelle zu schmal, wenn am Parcours auch noch vermehrtes Menschaufkommen auftreten würde.

Frau Karasch gibt Ausführungen zum Bewegungsparcours. Sie erklärt, dass hierdurch der Freizeitwert der Ems weiterentwickelt werde, da beim Ausbau des Uferbereiches unter der Brücke auch noch eine Kletterwand angebracht werden solle. Der Parcours sei bezüglich der Geräteauswahl sehr zurückhaltend gestaltet worden. Sie erklärt, dass im Lageplan die eine Variante mit und die andere ohne Rampe dargestellt worden sei, wobei man die Finanzierung der Rampe noch nicht geklärt habe.

Herr Beckmann erklärt, dass man am Montag eine einhellige Fraktionsmeinung gehabt habe. Er erklärt, dass er die ablehnenden Meinungen der Anwohner nicht nachvollziehen könne. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen, damit die Entscheidung vertagt werde und man den Dialog mit den Bürgern noch einmal suchen könne.

Frau Karasch möchte von Herrn Löckener wissen, wie sich eine Vertagung der Beschlussfassung bezüglich der zeitlichen Umsetzung der Maßnahme auswirke.

Herr Löckener erklärt, dass der Rahmenplan Innenstadt 2014 inhaltlich so beschlossen wurde und der Standort darüber bereits festgelegt worden sei. Die wesentlichen Gründe für die Wahl des Standortes seien die Nähe zum potenziellen Nutzer und die Mitwirkung des Parcours bei der Belebung der Ems gewesen. Herr Löckener erklärt, dass der Bewegungsparcours nicht nur für Senioren, sondern auch für alle Benutzer des Rad- und Wanderweges gedacht sei.

Herr Brauer möchte wissen, wie weit sich die Maßnahme verzögern würde, wenn der Beschluss heute nicht gefasst werde.

Herr Löckener erklärt, dass die Verausgabung der Mittel für dieses Jahr vorgesehen sei. Wenn man mit diesem Beschluss in die nächste Bauausschusssitzung am 07.09.2017 gehen würde, könnte eine Fertigstellung des Parcours Ende Herbst bzw. in den Wintermonaten erfolgen, was allerdings schwierig sei für diese Monate eine Nutzungsfrequenz herbeizuführen. Es sei vorgesehen die Maßnahme zeitnah zu errichten, um im Anschluss mit der Hilfe von Sportvereinen oder auch Trainern aus Fitnessstudios Schnupperkurse anzubieten.

Herr Weßling erklärt für die SPD-Fraktion, dass dieser Bewegungsparcours an dieser Stelle von der SPD-Fraktion gewünscht sei. Aus seiner Sicht sollte man noch einmal nachdenken, ob noch mehr Aufklärungsarbeit geleistet werden müsse.

Herr Dr. Konietzko erklärt, dass dieser Parcours auch von Senioren genutzt werden soll. Aus seiner Sicht müsse man noch weitere Anläufe zur Überzeugung der Senioren und Anwohner starten. Im Moment sei dieses Thema negativ belastet. Er gehe davon aus, dass der Parcours durch die Anwohner irgendwann anerkannt werde, habe aber im Moment ein Problem mit der Beschlussfassung. Er erklärt, dass er noch Beratungsbedarf hierzu habe.

Herr Ortel erklärt, dass aus seiner Sicht der Beschluss gefasst werden könne, da in keiner Weise aus der Vorlage, dem Vortrag von Frau Koch und den Beiträgen hervorgegangen sei, dass man etwas übersehen habe. Es gebe keinen Punkt, der der Errichtung dieses Bewegungsparcours gravierend widerspräche. Sein Vorschlag gehe dahin, dass die CDU-Fraktion diesem Beschluss unter Vorbehalt zustimme oder sich enthält, um dann die Sommerpause zu nutzen, diese Überzeugungsarbeit zu leisten. Somit könne man ohne Zeitverlust die Maßnahme voranbringen.

Frau Karasch erklärt, dass man nie alle Beteiligten zufriedenstellen könne. Es gebe immer einen Punkt, für den es keine Alternative gebe, sodass eine Entscheidung herbeigeführt werden müsse. Sie erklärt, dass hierzu die Alternativen im Vorfeld geprüft worden seien. Einen Standort, wo alles passend sei, werde es nicht geben. Insofern sei es auch schwierig, den Anwohnern die Hoffnung zu machen, dass man durch die Aussetzung der Entscheidung eine Veränderung herbeiführen könne. Aus Sicht von Frau Karasch sollte man nur nachträglich Überzeugungsarbeit leisten.

Herr Dr. Konietzko erklärt, dass es ihn interessiere, warum die Anwohner diesen Parcours jetzt nicht wollen. Dieses würde er vor der Beschlussfassung gerne wissen.

Herr Kölker erklärt, dass Frau Koch vorgetragen habe, dass die Senioren befürchten, dass ihre Wohnqualität aufgrund von Lautstärke und durch bestimmte Personenkreise, die sich dort aufhalten, gefährdet sei. Es sei nie die Rede davon gewesen, dass die Senioren die Anlage nicht nutzen wollen.

Herr Berardis erklärt, dass der Hauptgrund immer gewesen sei, die Ems in den Mittelpunkt zu stellen und man mit diesem Beschluss jetzt die Möglichkeit hierzu habe. Er erklärt, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde und sie keine Vertagung möchte.

Herr Brauer erklärt, dass er den Antrag von Herrn Beckmann über die Vertagung des Beschlusses zur Abstimmung stelle.

**Ergebnis:**

Der Vertagungsantrag wurde abgelehnt.

Im Anschluss lässt er über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:**

Der Bauausschuss nimmt die Entwurfsplanung für die Maßnahme D3.3 „Bewegungsparcours am Kettelerufer“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Planung.

Abstimmungsergebnis:                   mehrheitlich beschlossen  
4 Gegenstimmen  
1 Enthaltung

**8.           Antrag der UWG Rheine auf Freigabe weiterer Bereiche der Fußgängerzone für den Radverkehr  
Vorlage: 227/17**

02:11:58

Herr Ortel erklärt, dass der Beschlussvorschlag aus Sicht der Antragsteller enttäuschend sei. Er möchte die Kolleginnen und Kollegen dafür gewinnen, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zum Tragen komme. Er führt aus, dass in der Vorlage Herr Nagelschmidt mit einer unterstützenden und positiven Position, was die Antragstellung betreffe, dargestellt werde. Im zweiten Teil der Vorlage komme die Sicht des Arbeitskreises Verkehr zum Tragen, welche ablehnend sei. Er habe festgestellt, dass diese Vorlage mit der Vorlage vom Dezember 2015 in Wortlaut und Argumentation fast identisch sei. Aus seiner Sicht sage der Text der Vorlage nur, dass Fahrradfahrer im Innenstadtbereich nur Gefahrenquellen und Störenfriede seien. Herr Ortel möchte für einen Kompromiss werben, eine Probephase von einem Jahr zuzulassen und dem Antrag der UWG stattzugeben. Diese Entscheidung könne noch einmal ein guter Schritt in Richtung „Fahrradfreundliche Stadt“ sein. Er bittet eine Erprobungsphase von einem Jahr einzurichten. Wenn sich die Bedenken durch Befunde nachweisen lassen, müsse man natürlich reagieren.

Frau Karasch erklärt, dass sich die Aussage der Verwaltung insofern nicht geändert habe, weil die Rahmenbedingungen gleich geblieben seien. Sie erklärt, dass die

Emsstraße ein Gefälle habe und sehr eng sei. Außerdem verleite die Topographie zum Durchfahren. Sie erklärt, dass aus der Addition der Rahmenbedingungen eine Gefahrenlage hervorgehe. Außerdem werde das Konzept aufgeweicht, wobei dann für den Bürger nicht mehr klar ersichtlich sei, wo mit dem Fahrrad gefahren werden darf und wo nicht. Es werde nicht die Tatsache wahrgenommen, dass nur im östlichen Teil der Emsstraße mit dem Fahrrad gefahren werden darf. Dies habe die Verwaltung bewogen, den Antrag abzulehnen. Es sei Aufgabe der Verwaltung, die Bedenken vorzutragen und auch zu berücksichtigen.

Herr Ortel fasst zusammen, dass die Verwaltung hier eine streng ordnungspolitische Meinung und die Antragstellung eine politische Meinung vertrete. Er beantragt, den Antrag der UWG für eine Probezeit von einem Jahr zu beschließen.

Herr Weßling möchte wissen, ob es Erfahrungswerte aus anderen Städten gebe.

Frau Karasch erklärt, dass in verschiedenen Städten des Kreises Steinfurt der Radverkehr in der Fußgängerzone frei, aber häufig von den Lieferzeiten abgekoppelt fahren darf. Auch gebe es Städte, die den kompletten Tag die Fußgängerzone im Ganzen oder in Teilbereichen freigegeben haben. Sie erklärt, dass dies jüngere Entwicklungen seien und es Unfallstatistiken zu diesem Thema noch nicht geben werde.

Herr Ortel erklärt, dass dieses Konzept in Warendorf, Dülmen und Ibbenbüren schon umgesetzt werde.

Herr Martin Beckmann erklärt, dass die CDU-Fraktion ähnlich wie Herr Ortel zu dem Entschluss gekommen sei, dem Beschlussvorschlag nicht zu folgen. Er erklärt, dass die Fraktion eine fahrradfreundliche Stadt begrüße und sie den Versuch für eine 6-monatige Probezeit installieren wollen. Wichtig seien ihnen Hinweisschilder, Banner etc., um auf eine gute Kooperation und gegenseitige Rücksichtnahme zwischen Fußgänger und Radfahrer hinzuweisen.

Herr Meier erklärt, dass er dies aus Sicht des Beirates für Menschen mit Behinderung für einen problematischen Versuch halte. Als gutes Beispiel weist er darauf hin, dass auf der Salzstraße in Münster keine Radfahrer fahren dürfen. Wenn Radfahrer auf der schon schmalen Emsbrücke fahren würden, wo Passanten stehen und sich unterhalten oder mobilitätseingeschränkte Personen z. B. mit Rollator entlanggehen etc., sehe er bei dem betroffenen Personenkreis eine starke Verunsicherung. Er erklärt, dass dies aus seiner Sicht eine falsche Entwicklung sei.

Herr Brauer sehe die Gefahr, dass der Radfahrer nicht mehr genau weiß, wo jetzt im Innenstadtbereich noch gefahren werden dürfe und wo nicht.

Herr Ortel erklärt, dass Radfahrer, die die Ems von Ost nach West queren wollen, die Dionysbrücke befahren, um dann mit entsprechenden Einschränkungen an der Kirche St. Dionysius die steile Auffahrt herauf und herunterzufahren. Er erklärt, dass durch den Antrag der UWG dieses Szenario entzerrt werden könne, man aber auch keine Rennstrecke auf der Emsstraße von Münsterstraße zur Nepomukbrücke möchte. Er sehe die Auffahrt an der Kirche St. Dionysius durch die Enge und das Gefälle als viel brisanter an, als alles andere, was man in dem Bereich habe.

Frau Scheinig führt aus, dass eine Fußgängerzone auch eine Schutzzone für Fußgänger sei. Es gehe nicht unbedingt nur um Radfahrer, die eine Gefahr für die Fuß-

gänger sein könnten, sondern auch um Fußgänger, z. B. Kleinkinder, die nicht unbedingt an der Hand geführt werden, die dann eine Gefahr für die Radfahrer sein könnten. Aufgrund dessen würde sie sich gegen den Antrag aussprechen.

Herr Brauer erklärt, dass es einen Antrag der UWG Rheine gebe, folgenden Beschluss zu fassen: „ Der Bauausschuss beschließt den östlichen Teil der Emsstraße in Rheine sowie die Milch- und Rosenstraße für den Fahrradverkehr ab 01.07.2017 für ein Jahr zu öffnen.“

Herr Brauer lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

### **Geänderter Beschluss:**

*Der Bauausschuss beschließt, den östlichen Teil der Emsstraße in Rheine sowie die Milch- und Rosenstraße für den Fahrradverkehr ab 01.07.2017 für ein Jahr zu öffnen.*

Abstimmungsergebnis: geändert beschlossen bei  
4 Gegenstimmen

### **9. Ausbau der Zeppelinstraße von Neuenkirchener Straße bis Dutumer Straße (53014-603) Offenlage Vorlage: 205/17**

02:37:16

Herr Dr. Vennekötter verweist auf die Vorlage. Er erklärt, dass Diskussionen in zwei Teilen geführt werden müssten. Einmal bezüglich der Offenlage und dann in Bezug auf das Beitragsrecht. Wobei dieser Punkt unter haushaltstechnischen Gesichtspunkten gesondert zu führen sei.

Herr Weßling erklärt, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag folgen werde. Er erklärt, dass die Beitragssituation sehr lange diskutiert wurde. Die SPD-Fraktion wünscht von der Verwaltung eine Aufstellung über die Abrechnungen der Baumaßnahmen der letzten 5 Jahre und über die Art und Weise der Abrechnung, in welchen Kategorien und Größenordnungen sich diese sich belaufen.

**(Tabelle wurde zum TOP beigefügt s. u.)**

Herr Remke erklärt, dass sich die Straße in einem sehr schlechten Zustand befinde. Speziell für die Fahrradfahrer und die Fußgängern sei es zwingend notwendig, dort kurzfristig einzuschreiten. Seitens der CDU-Fraktion werde man der Vorlage zustimmen. Was die beitragsrechtliche Seite betreffe, sei man der Meinung, dass der Verwaltungsvorschlag eine gute Kompromisslösung sei.

Herr Dr. Vennekötter ergänzt, dass im Herbst die Offenlage den Anwohnern angekündigt werde. Im Zuge dieser Offenlage werden die Informationsschreiben mit den zu erwartenden Beiträgen an die Anwohner versandt.

Herr Weßling erklärt, dass die SPD-Fraktion sich der Meinung von Herrn Remke bezüglich der Beiträge anschließe.

**Beitragsätze BauGB "erledigte Abrechnungen"**

Produkt Nr	Bezeichnung	B.-Satz j m²
<b>Anliegerstraße</b>		
2006	53014-0211 Bischoff-Ludwig-Straße	8,44 €
	53014-0353 Vogelbeerenstraße	11,01 €
	53014-0212 Edelherr-Ludolf-Ring	9,64 €
	53014-0126 Karweg	6,68 €
	53014-0124 Stichweg Karweg 2	6,08 €
	53014-0123 Stichstraße Schweitzerstraße	6,82 €
	53014-0121 Sacharowstraße	6,33 €
	53014-0213 Zum Kalvarienberg	15,91 €
2007	53014-0127 Landersumer Weg	7,63 €
	53014-0661 Willers Kamp	10,50 €
	53014-3502 Weberstraße	11,44 €
	53014-0272 Schlüterstraße	13,98 €
	53014-0052 Weinstockstraße	17,46 €
	53014-0051 Klusenweg	17,29 €
	53014-0642 Listrupweg (Restausbau)	9,46 €
	53014-3501 Selbertstraße	5,60 €
	53014-3603 Neue Stiege	12,99 €
	53014-0641 Schleusenstraße (Restausbau)	10,90 €
2008	53014-402 Sandhaar	9,88 €
	53014-0128 Mutter-Theresa-Straße	9,87 €
	53014-3602 Am Schultenhof	7,59 €
	53014-403 Weitkampweg	8,63 €
	53014-0054 Rosenbergstraße	9,93 €
	53014-0053 Anselstraße	11,81 €
	53014-3504 Münterstraße	7,50 €
2009	53014-0163 Gronauer Straße von Schwedenstr. bis Hünenborgstr.	15,37 €
	53014-3503 Nadigstraße (westl. Bplan-Grenze - Hausnr. 15 - bis östl. Bplan-Grenze)	8,35 €

2010	53014-0631	Föhrenweg	14,24 €
	53014-01291	Karweg/Stichweg Karweg 1	10,51 €
	53014-0122	Restausbau Karweg	10,51 €
	53014-605	Im Uhlenhook - Stichstraße	9,49 €
	53014-0129	Rabinstraße/Schweitzerstr./Karweg	10,51 €
2011	53014-0632	Sandhövelstraße	8,12 €
	53014-0402	Sonnenstraße - Stichstraße	8,16 €
	53014-3505	Nienbergstraße (zw. Felsenstr. u. östl. Gr. Bplan 298, Kennw.: "WohnparkDutum - Teil D")	9,28 €
	53014-3519	Wieckstraße einschl. Stichweg Nadigstr.	10,36 €
	53014-3702	Lindvennweg von Rheiner Str. bis Thiestr.	14,38 €
2012	53014-0332	Spiekstraße (Wöstenweg bis Spielplatz/Haus 34)	12,90 €
	53014-8154	An den Kleingärten II, 2. BA	16,69 €
	53014-8151	Am Hilgenfeld, östl. Gehweg und Parkstreifen	9,23 €
	53014-8152	An den Kleingärten I, 1. BA, Teil 1	11,59 €
	53014-8153	An den Kleingärten II, 1. BA, Teil 2	16,69 €
2013	53014-01612	Ausbau Hünenborgstr. 2. BA (nördlich Gronauer Str.)	16,63 €
	53014-3507	Wesselstraße	6,61 €
	53014-01611	Hünenborgstraße "neu" 1. BA (südl. Gronauer Str.)	16,63 €
	53014-0167	Schwedenstr. 1. Stichweg	14,18 €
	53014-0162	Ausbau Hünenborgstr. (Stichstr.)	16,63 €
2014	53014-0271	Schinkelstraße	19,60 €
2015	53014-0168	Schwedenstraße 2. Stichweg	13,72 €
	53014-3707	Josef-Schepers-Str. (Thiestr.-Nielandstr.)	12,41 €
	53014-111	Wadelheimer Chaussee "Stichweg"	13,24 €
	53014-3508	Kollwitzstraße	6,69 €
	53014-3509	Sachsstraße	10,65 €
2016	53014-141	Salzweg einschl. Stichweg (Stovener Str. - Randelbachweg)	23,66 €
	53014-142	Schoppenkamp (Stichweg)	13,77 €
2017	53014-0904	Horstmannstraße im Bplan Nr. 108 "Im Lied-Süd-TeilA"	14,54 €
	53014-120	Steinburgweg (Wadelheimer Chaussee bis zum Beginn der Kurve)	25,27 €
	53014-3703	Linnvennweg "2. BA" (Thiestr. - Nielandstr.)	23,78 €
<b>Haupterschließungsstraße</b>			
2007	53014-409	Dutumer Str. v. Wagnerstr. bis Zeppelinstr.	15,13 €
2011	53014-400	Königseschstraße	16,31 €
2014	53014-3518	Felsenstraße (Nienberg- bis Nadigstr.)	8,22 €
2016	53014-3515	Dutumer Str. (Zeppelinstraße bis Felsenstraße)	18,73 €
<b>sonstige</b>			
2012	53014-0111	Paschenastraße	12,26 €

**Beschluss:**

Der Bauausschuss nimmt den Ausbautentwurf zur Kenntnis und beschließt dessen Offenlage in den Diensträumen der Technischen Betriebe Rheine AÖR im neuen Rathaus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 10. Ausbau der Industriestraße von Haus Nr. 25 (Anschluss an die bereits 1974 verbesserte Industriestraße) bis Neue Stiege (53014-537)**  
**I. Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger**  
**II. Bauprogramm**  
**Vorlage: 203/17**

02:44:49

Herr Dr. Vennekötter verweist auf die Vorlage.

Herr Beckmann erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Beschluss nicht zustimmen werde. Zum einen gehe es hier nur um den mittleren Teil der Industriestraße und zum anderen habe es eine Bürgerversammlung in Mesum gegeben, woraus eindeutig hervorgegangen sei, dass die Anwohner diesen Ausbau nicht wünschen.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass diese Maßnahme von der CDU-Fraktion eingebracht worden sei, da der Ausbau der Gehwege von den Bürgern gewünscht wurde. Er weist darauf hin, dass es technisch und auch wirtschaftlich nicht sinnvoll sei, die Gehwege und die Fahrbahn in zwei Bauabschnitten auszubauen, da beides Mehrkosten verursachen würde. Er könne nachvollziehen, dass man diese Maßnahme im Moment nicht umsetzen möchte. Man werde im Rahmen der geplanten Zustandserfassung der Straßen feststellen, dass man Straßenabschnitte habe, die der dringenden Sanierung bedürfen. In solchen Fällen sei es dann nicht empfehlenswert Sanierungsmaßnahmen zu schieben. Er erklärt, dass auf jeden Fall im Rahmen der Straßenerhaltung etwas an der Straße gemacht werden müsse, damit diese in einem vernünftigen Zustand bleibe und kein langfristiger Substanzverzehr stattfinde.

**Beschluss:**

**Zu I: Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den eingegangenen Anregungen und Bedenken**

Beschlussvorschläge siehe Begründung

## **Zu II: Bauprogramm**

Der Bauausschuss beschließt das nachfolgende Bauprogramm für den Ausbau der Industriestraße von Haus Nr. 25 (Anschluss an die bereits 1974 verbesserte Industriestraße) bis Neue Stiege:

### **Industriestraße von Haus Nr. 25 (Anschluss an die bereits 1974 verbesserte Industriestraße) bis Neue Stiege**

Ausbau im Separationsprinzip mit:

1. Fahrbahn in Asphalt mit Unterbau
2. Gehwege aus grauem Betonsteinbelag mit Unterbau
3. Straßenentwässerung mit Anschluss an die Kanalisation
4. Betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung

Abstimmungsergebnis: abgelehnt bei  
11 Nein-Stimmen  
7 Ja-Stimmen  
eine Person war abwesend

### **11. Berichtswesen 2017, Stichtag 31.05.2017 Fachbereich 5 - Planen und Bauen Produktgruppen 52 - 57 sowie Sonderprojekte Kaserne Gellendorf, Bahnflächen und Rahmenplan Innenstadt Vorlage: 160/17**

02:47:10

Dr. Vennekötter verweist auf die Vorlage.

### **Beschluss:**

Der Bauausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 5 – Planen und Bauen, Produktgruppen 52 bis 57 sowie zu den Sonderprojekten Kaserne Gellendorf, Bahnflächen und Rahmenplan Innenstadt mit dem Stand der Daten vom 31.05.2017 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

**12. Antrag auf Änderung der Sondernutzungssatzung  
Vorlage: 175/17**

02:48:15

Die Vorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

**Beschluss:**

Der Bauausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die Satzung über die Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen (Sondernutzungssatzung) der Stadt Rheine vom 17. September 2015 **nicht** zu ändern.

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

**13. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)**

02:06:20

**Herr Wilhelm Gertken, Elpersstiege 15, 48431 Rheine**

Herr Gertken fragt in Bezug auf den geplanten Bewegungsparcours an der Ems, warum die Anwohner nicht eher hierzu befragt und informiert worden seien.

Frau Koch erklärt, dass man nach der Bürgerwerkstatt in die umliegenden Einrichtungen gegangen sei und den Bewegungspark vorgestellt habe. Man habe zeitgleich mit interessierten Anwohnern eine ähnliche Einrichtung in Borne besucht. Sie erklärt, dass alle Bewohner der Meinung waren, dass dies eine gute Einrichtung sei, die von ihnen dann auch genutzt würde. Weiter habe auch der Seniorenbeirat der Maßnahme zugestimmt.

Herr Brauer ergänzt, dass dieses Thema seit 5 Jahren (2012) diskutiert werde.

Weiter möchte Herr Gertken wissen, wie es jetzt weitergehe.

Herr Brauer erklärt, dass der Bauausschuss den Beschluss getroffen habe diese Einrichtung umzusetzen und die Verwaltung mit der Umsetzung beauftrage. Er erklärt, dass die Verwaltung an diesen Beschluss gebunden sei.

Herr Gertken fragt, warum es in der Zwischenzeit keine Informationen hierzu gegeben habe.

Frau Karasch erklärt, dass, wie Frau Koch eingangs schon dargestellt habe, es in der Zwischenzeit keine anderen Aussagen zu diesem Projekt gegeben habe. Es habe keinen Meinungswechsel bei den Vertretern, die damals teilgenommen haben, gegeben. Frau Karasch erklärt, dass die kundgetanen Meinungen der Anwohner beim Ortstermin am Montag, den 26.06.17, auch von der Politik aufgenommen wurden. Sie weist darauf hin, dass es in solchen oder ähnlichen Verfahren immer Menschen geben werde, die mit der Umsetzung einer Maßnahme nicht einverstanden seien. Diese Einwände müssen dann bei der Beschlussfassung von der Politik abgewogen werden.

## **14. Anfragen und Anregungen**

02:47:48

**Herr Berardis** erbittet Auskunft zum Sachstand Wohnmobilstellplätze.

Frau Karasch erklärt, dass für die weitere Umsetzung der Wohnmobilstellplätze eine Bebauungsplanänderung notwendig sei und diese zurzeit vorbereitet werde. Die Vorlage werde mit den einzelnen Beschlussstufen im Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt- und Klimaschutz behandelt.

**Herr Berardis** fragt, ob es neue Informationen zum Sachstand Lastenfahrräder gebe.

Frau Karasch erklärt, dass die Maßnahme der Lastenfahrräder integriert in der Abwicklung berücksichtigt werden, wenn man in die nächste Förderstufe für das Radkonzept Konrad komme.

**Ende der Sitzung:**

**19:58 Uhr**

---

Karl-Heinz Brauer  
Ausschussvorsitzender

---

Andrea Mischok  
Schriftführerin